

# Narmada: Noch immer keine Lösung in Sicht

von Bruni Weißen

Ein ganzes Jahr ist mittlerweile vergangen, seit auf dem fünftägigen Hearing zum Narmada-Staudamm vor dem Obersten Gericht in Delhi, abgehalten auf Initiative der 'Narmada Bachao Andolan' (NBA), die Uneinigkeit der vier beteiligten Bundesstaaten Gujarat, Maharashtra, Madhya Pradesh (M.P.) und Rajasthan deutlich zu Tage trat. Eine Untersuchungsgruppe im Auftrag der Regierung war zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wassermenge der Narmada geringer sei, als den bisherigen Berechnungen zugrundeliegt, entsprechend die erwartete Wassermenge und Energieerzeugung unter den projektierten Werten liegen werde. Mit diesen kritischen Einschätzungen stand auch die Höhe des Damms zur Disposition. Bereits der erste Bericht dieser Untersuchungsgruppe hatte darauf hingewiesen, daß Studien über die Umweltauswirkungen unzureichend oder gar nicht vorhanden waren.

Die Ergebnisse der Untersuchungsgruppe führten dazu, daß die Gegensätze innerhalb der vier beteiligten Bundesstaaten offen zu Tage traten. Madhya Pradesh argumentierte, daß jetzt eine Staudamm-Höhe von 384 Fuß anstelle der geplanten 455 Fuß (138,68 Meter) völlig ausreichend sei. Damit würden nicht nur die überfluteten Flächen in diesem Bundesstaat deutlich reduziert, sondern das Projekt würde auch weitgehend seine gewünschte Leistung erbringen. Den möglichen Verlust an Energieerzeugung würde der Bundesstaat gerne auf sich nehmen. Gujarat dagegen beharrte darauf, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts aus den siebziger Jahren, die zum Bau des Staudamms geführt hatte, auch weiterhin gültig sein müsse, und das Schiedsgericht habe nun mal eine Höhe von 455 Fuß festgelegt.

Im März verlor das Oberste Gericht die Geduld mit den Streithähnen und machte ihnen die Auflage, sich wie auch immer bis zum 16. Juli zu einigen. Daraufhin lud Premierminister Deve Gowda die vier Bundesstaaten zu einem Treffen am 16. Juli mit dem Ziel, das Problem zu lösen. Das der Presse vorgestellte "Übereinkommen" nach diesem Treffen besagt, daß die vier Bundesstaaten sich geeinigt hätten, den Staudamm von jetzt

270 Fuß auf zunächst 436 Fuß zu erhöhen. Fünf Jahre danach wolle man dann nochmals entscheiden, ob der Damm insgesamt eine Höhe von 455 Fuß erhalten solle.

Die NBA reagierte auf diese Übereinkunft mit Ärger und warf der Regierung Gowda vor, nicht in die Berichte ihrer eigenen Ministerien - weder des Umwelt- noch des Sozialministeriums - geschaut zu haben. 600 Adivasi nahmen an der daraufhin für Delhi angesetzten Protestveranstaltung teil.

Auch unabhängig von den Protesten erscheint das "Abkommen" selber ziemlich mysteriös. Die vorgeschlagene Höhe von 436 Fuß ist die ursprünglich vom Schiedsgericht festgelegte Höhe, weitere 19 Fuß sollten aufgesetzt werden, um für M.P. einen zusätzlichen Energiegewinn zu erzielen - auf den M.P. aber bereits beim Hearing vor dem Obersten Gericht verzichtet hatte. Diese 19 Fuß hatten nie etwas mit hydrologischen Fragen zu tun. Warum nun der Dammbau bei 436 Fuß Höhe unterbrochen werden soll, um hydrologische Daten zu erheben, auf deren Basis der Weiterbau entschieden werden soll, ist völlig unklar. Wenn die dem Projekt zugrundeliegenden Daten falsch sind, macht eine Reduzierung der Dammhöhe auf 384 Fuß auf Basis der von M.P. ins Feld geführten Daten - auf Basis der realen Daten über die Wassermenge der Narmada gegenüber den statistisch errechneten, wie sie dem Projekt zugrundeliegen - weitaus mehr Sinn.

Zusätzliche Verwirrung stiftete die Aussage des Premierministers von M.P., Digvijay Singh, auf einem Seminar in Delhi im August, nach der er einer Dammhöhe von 455 Fuß nie zugestimmt habe. Man habe bei dem Treffen dem Weiterbau am Staudamm bis zu einer Höhe von 436 Fuß zugestimmt, aber die anschließende Untersuchung solle nicht hydrologische Fragen klären, sondern Fragen von Bewässerung, realer Energieerzeugung und die Frage der Rehabilitierung. Unter keinen Umständen sei man bereit, einer Höhe von 455 Fuß zuzustimmen.

Weitere Verwirrung stiftete Premier Gowda, der mit Medha Patkar und anderen während der Protestveranstaltung

zusammentraf. Die gesamte Thematik sei offensichtlich zu komplex, um sie in so kurzer Zeit zu erörtern, entschied der Premier und schlug vor, doch die Argumente direkt in einem Treffen mit den Ministerpräsidenten der vier Bundesstaaten zu erörtern. Die Einladung zu diesem Treffen bezog sich allerdings nur auf eine Diskussion der Umsiedlungsfrage - und wurde von der NBA postwendend abgelehnt. Das Büro des Premiers verschob daraufhin den Termin erst einmal auf unbestimmte Zeit. Aus dem Lager Gujarats war zu hören, daß man sich nicht mit der NBA an einen Tisch setzen könne, schließlich hatte Gujarats Ministerpräsident Patel die NBA angeklagt, "anti-national" zu sein, und ein Gespräch von Angesicht zu Angesicht erschien wenige erfolversprechend.

Die indische Umweltzeitschrift 'Down to Earth' beurteilt das Übereinkommen vom 16. Juli als reine Augenwischerei. Die dahinterliegende Logik sei eine relativ deutliche: Wenn alle vier Bundesstaaten sich auf eine Höhe von 436 Fuß als zur Zeit akzeptable Höhe einigen, werden alle Dörfer überschwemmt mit dem Ergebnis, daß der NBA ihre Daseinsberechtigung genommen wäre. So könne man sich der einzig realen Opposition gegen das Projekt entledigen und anschließend untereinander aushandeln, wie hoch der Damm denn werden solle. Indiens Premier habe deshalb jetzt die Chance, sich dieses eine Mal für die Sache der Menschen zu entscheiden und die Machinerie der Bürokratie zu überwinden.

Quellen:

'Down to Earth', 31. August 1996  
'Frontline', Madras, 6. September 1996

(zum Narmada Staudammprojekt siehe u.a. auch 'Südasiens', 1-2/95, 3/95, 7-8/95)